

Mittel von Stadt und Land

Gewalt gegen Frauen: Wird Geld für Osnabrücker Beratungsstelle gekürzt?

von Jana Derksen



Osnabrück. Immer mehr Frauen erleiden häusliche oder psychische Gewalt. Die Zahlen sind im Lockdown und nach den Lockerungen deutlich gestiegen. Die Beratungsstellen in Osnabrück befürchten dennoch finanzielle Kürzungen und appellieren an das Land Niedersachsen und die Stadt.

Die Zahlen der Frauenberatungsstelle für Stadt und Landkreis Osnabrück zeigen ein erschreckendes Bild. Während des Lockdowns sind sie in allen Beratungsbereichen um ein Vielfaches in die Höhe geschneilt. „Frauen fühlten sich eingesperrt, hatten Angst um ihre Kinder und um ihr Leben“, berichtet Maria Meyer von der Frauenberatungsstelle.

Wie stark sind Gewalt-Fälle gestiegen?

Statistisch gesehen fürchten pro Woche 1,5 Frauen in der Region Osnabrück um ihr Leben und sind von schwerster körperlicher Gewalt bedroht, berichtete die Beratungsstelle bereits im Frühjahr dieses Jahres. 86-mal waren Frauen aus Stadt und Landkreis Osnabrück 2020 in Lebensgefahr und suchten Hilfe.

2813 Frauen haben 2020 die Beratungsstelle angerufen, weil sie nicht weiter wussten. 498 Frauen berichteten in der telefonischen Beratung - wegen des Lockdowns und Pandemie-Einschränkungen gab es weniger persönliche Angebote - von psychischer Gewalt zu Hause (2019 waren es "nur" 25). Fälle von häuslicher Gewalt erhöhten sich auf 273 Frauen (2019: 48). Auch die Frauen, die von ihrem Partner weg und die Scheidung wollen, ist auf 395 Frauen (2019: 106) gestiegen.

Was fordern Hilfseinrichtungen?

Weil mehr Frauen Hilfe suchen, fordert die Frauenberatungsstelle personelle Unterstützung und mehr Geld. Stadt und Landkreis Osnabrück haben vor den Sommerferien eine Stelle genehmigt. „Das freut uns“, sagt Meyer, „aber es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Der Bedarf an Beratungen sei nach den Lockerungen noch einmal gestiegen und werde hoch bleiben.

„Der Lockdown war eine sehr belastende Zeit. Mädchen berichten von sexualisierter und häuslicher Gewalt“, weiß auch die psychosoziale Prozessbegleiterin Gülüstan Genc, die im Mädchenzentrum Osnabrück arbeitet. Doch bis sich ein Kind oder eine Frau offenbare, dauere es. Betreuung und Behandlung bräuchten Zeit. „Viele schämen sich.“

Das Mädchenzentrum geht regelmäßig in Schulen, klärt auf und weist auf Hilfseinrichtungen hin. Viele Frauen würden sich erst Jahre später melden. Deshalb sei die Förderung präventiver Arbeit wichtig.

Was gibt es für Hilfsprojekte?

Aus der jüngsten Statistik der Polizeidirektion Osnabrück geht hervor, dass immer mehr Kinder in der Region Osnabrück pornografische und kinderpornografische Inhalte über das Internet, besonders über Smartphones verbreiten. Hier setzt das Zentrum mit einem Medienkompetenztraining an. Das Projekt „Mädchen erstarcken lassen“, das traumasensible Mädchenpädagogik bereits bei Kindern von acht bis elf Jahren bietet, wird bis März 2022 vom Land Niedersachsen gefördert.

Warum wird Niedersachsen kritisiert?

„Wenn Projektgelder wegbrechen, fallen auch personelle Stellen weg“, sagt Meyer. Sie befürchtet, dass auch die Gelder vom Land Niedersachsen gekürzt werden. Das Sozialministerium habe zwar zugesagt, nichts zu kürzen, „aber das wurde vor fünf Jahren beschlossen. Tariferhöhungen und andere Kosten sind nicht mitgerechnet worden. Das bedeutet für uns indirekte Kürzungen“, erklärt Olga Barbje von der Frauenberatungsstelle, die sich auch im Verbund der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen engagiert.

Kürzt das Land Gelder?

Werden die Gelder vom Land doch noch erhöht oder bleibt die bisherigen Finanzierungslinie? Über den Haushalt stimmt der niedersächsische Landtag im Herbst ab. „Eine Tariferhöhung der Löhne und Gehälter konnte im Rahmen der Planungen der Landesförderung nicht berücksichtigt werden“, teilt ein Sprecherin des Sozialministeriums auf Anfrage mit. Dass den Einrichtungen durch steigende Löhne höhere Kosten entstehen, sei nicht von der Hand zu weisen. Eine Zuständigkeit des Landes zu deren Kompensation bestehe indes nicht, so die Sprecherin. Das Land finanziere Frauenhäuser und Beratungsstellen mit rund zehn Millionen Euro pro Jahr und damit mehr als doppelt so viel wie noch 2011, als 4,1 Millionen Euro ausgegeben wurden.

Was ist die Istanbul-Konvention?

Barbje verweist auf die Verpflichtung zur Istanbul-Konvention. Um Frauen vor Gewalt zu schützen, beschloss der Europarat am 11. Mai 2011 die Istanbul-Konvention, benannt nach dem Ort der Unterzeichnung. Es geht darin um Prävention und um den Schutz von Gewaltopfern, aber auch um die Verfolgung der Täter.

Was will der Osnabrücker Rat?

Der Rat der Stadt Osnabrück hat im April einstimmig beschlossen, die Istanbul-Konvention in Osnabrück gezielt umzusetzen. Ziel ist es, Maßnahmen zu finden, um Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Verbunden mit der Analyse, welche finanziellen Mittel dafür notwendig sind.

Die Frauenberatungsstelle und das Mädchenzentrum Osnabrück setzen viel Hoffnung in die Stadt und fordern, dass sich auch das Land Niedersachsen bewegt.

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.